

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1932

255 (4.6.1932) Morgenausgabe

Badische Presse

Neue Badische Presse Handels-Zeitung Badische Landeszeitung

Verbreitetste Zeitung Badens

Karlsruhe, Samstag, den 4. Juni 1932.

Eigentum und Verleger von
: Ferdinand Thiergarten :
Redaktions-Verantwortlich: Rfr. Wolff:
H. Kimmig; für politische Nachrichten:
Dr. A. Maier; für badische Nachrichten:
i. V. Dr. C. Schomburg; für kommunal-
politisch: G. Binder; für Lokales und Sport:
H. Goldammer; für das Kunstleben:
M. Köhler; für Dier und Konzert:
G. Heit; für den Handel:
F. H. Feld; für die Anzeigen: Ludwig
Weinl; alle in Karlsruhe (Baden).
Berliner Redaktion: Dr. Kurt Meiser.
Fernsprecher: 4050, 4051, 4052, 4053, 4054.
Hauptgeschäftsstelle: Kaiserstraße
Nr. 80 a. — Postcheckkonto: Karlsru-
her Nr. 8359. — Beilagen: Volk und
Heimat / Literarische Umschau / Roman-
blatt / Sportblatt / Frauen-Zeitung /
Reise- und Länder-Zeitung / Landwirt-
schaft / Karlsruher Vereins-Zeitung.

Bezugspreis: Frei Haus monatlich 2.90 M.
im voraus. Im Verlag oder in den
Poststellen abgeholt 2.50 M. Durch
die Post bezogen (einmal täglich) mo-
natlich 2.10 M. auswärts 42 Pf. Zustellgeld.
Einzelpreise: Werktag-Nummer 10 Pf.,
Samstag- und Feiertags-
Nummer 15 Pf. — Im Fall höherer
Gewalt, Streik, Abwesenheit usw.
kann der Besteller keine Ansprüche bei
verwehrt oder nichterhalten der
Zeitung. — Abbestellungen können nur
schriftlich bis zum 25. d. Mts. auf den
Monats-Vertrag angenommen werden.
Anzeigenpreise: Die Honorarliste Seite
840. Stellen- und Gewerbe-, Familien-
und Gelegenheits-Anzeigen aus Baden
ermäßigter Preis. — Nekrolog, Seite
2. — An erster Stelle 2.50 M.,
bei Wiederholung tariflicher Rabatt,
gerichtlicher Vertretung und bei Kon-
kurrenz außer Kraft tritt. Erfüllungss-
ort und Vertriebsort ist Karlsruhe.

Auflösung des Reichstags.

Amflich wird mitgeteilt: „Das Reichskabinett hat in seiner heutigen Sitzung beschlos-
sen, den Herrn Reichspräsidenten zu bitten, den Reichstag am 4. Juni zur Auf-
lösung zu bringen.“

Papen weicht der Abstimmung aus.

in Berlin, 3. Juni. (Drahtmeldung unserer Berliner Schrift-
leitung.) Die Entscheidung über das Schicksal des Reichstages ist
am Freitag nachmittag in einer Kabinettsitzung gefallen. Das
Reichskabinett hat beschlossen,
dem Reichspräsidenten die sofortige Auflösung des Reichs-
tages zu empfehlen, ohne eine Aussprache und ihr Ergebnis
im Plenum überhaupt abzuwarten.

Der Reichskanzler hat sich offenbar auch aus der Antwort, die ihm
der Zentrumsführer Kaas gegeben hat, davon überzeugt, daß
keine Hoffnung besteht, das Zentrum von einer Zustimmung zu den
Mißtrauensanträgen abzuhalten, und daß deshalb die Niederlage
des Kabinetts im Reichstag unvermeidlich wäre. Einer solchen
Eventualität hat er sich nicht aussetzen wollen und wird deshalb
am Samstag mittag dem Reichspräsidenten Loebe die Ver-
ordnung des Reichspräsidenten durch eingeschriebenen Brief zugehen
lassen. Die tatsächliche Situation des Kabinetts wäre nicht anders
gewesen, wenn die Auflösung erst nach der Annahme des Miß-
trauensotomus erfolgt wäre, und es ist nicht recht einzusehen, wes-
halb den Parteien die offizielle Verantwortung dafür eripart blei-
ben soll, daß das Auftreten einer kollegitimierten deutschen Regie-
rung in Lausanne nicht möglich ist.

Der Zeitpunkt der Neuwahlen

steht noch nicht fest. Darüber wird wohl erst im Laufe der kommen-
den Woche entschieden. Der Gedanke, den Wahlkampf möglichst zu
beschleunigen, und die Wahl schon Ende Juni anzusetzen, ist wieder
aufgegeben worden, nicht nur weil die Fristen in so kurzer Zeit
nicht ordnungsmäßig innegehalten werden können, sondern auch
weil die Regierung den Höhepunkt des Wahlkampfes nicht gerade
während der Lausanner Konferenz haben möchte, vielleicht auch,
weil sie bis Mitte Juli eine gewisse Beruhigung in der öffentlichen
Meinung erwartet. Die Bedenken wegen der Ernte und wegen der
Ferien müssen unter diesen Umständen unberücksichtigt bleiben.
Einer der beiden Sonntage in der zweiten Juli-
hälfte wird der Wahltag sein.

Gleichzeitig mit der Verordnung über die Auflösung des Reichs-
tages wird das Kabinett seine erste Erklärung herausgeben
lassen, die sonst vor dem Reichstag abgegeben worden wäre. Da der
Reichskanzler von Dr. Brüning gelegentlich eingeschlagenen

Umweg über den Reichstag nicht gehen will, soll die Veröffentli-
chung durch die Presse und durch den Rundfunk wahrscheinlich
am Samstag nachmittag erfolgen. Am Freitag hat das Kabinett
die einzelnen Punkte der Erklärung durchgesprochen. Ein Redak-
tionsausschuß legte den Wortlaut am Freitag abend fest, so daß
am Samstag vormittag die letzte Feile angelegt werden kann. Der
Inhalt dieser Erklärung ergibt sich aus den Umständen in den
Hauptpunkten von selbst. Sie wird in den Vordergrund den Be-
ginn der Lausanner Konferenz rücken und hier das Klein-
des Reichskanzlers Dr. Brüning für die neue Regierung über-
nehmen. Sie wird sich dann eingehend mit der Verfassung und
den nächsten innenpolitischen Notwendigkeiten befassen, auf den
Zwang zur Sicherung der Staatsnotwendigkeiten der Verfassungs-
anklagen hinweisen, auch den Grundgedanken der Forderung wieder
aufzunehmen, allerdings in einer entsprechend den Wünschen des
Reichspräsidenten geänderten Form, und gleichzeitig ankündigen,
daß die Regierung versuchen will, ohne neue Steuern durch-
zuführen.

Wie allerdings der dringende Geldbedarf in Reich, Ländern,
und Gemeinden befriedigt werden soll, ist noch das große
Geheimnis.

Es scheint aber, daß bestimmte Pläne über die Ausnutzung
neuer Kreditmöglichkeiten bestehen. Diese Regierungs-
erklärung wird dann gleichzeitig den Rahmen abgeben für die
Notverordnung, die ja in der nächsten Woche kommen muß,
schon weil der Etat über den 1. Juli hinaus sicherzustellen ist, wozu
noch die Aufhebung des S.L.-Verbotes in begrenzter Form käme.
Aber das Kabinett wird vermutlich einige Tage brauchen, um die
gesetzlichen Voraussetzungen für die Formulierung dieser Notverord-
nung zu schaffen.

Der neue Reichspressescheß.

* Berlin, 3. Juni. Ministerialdirigent Dr. von Kaufmann-
Affer ist als Nachfolger des Ministerialdirektors Dr. Jechlin zum
Leiter der Presseabteilung der Reichsregierung ernannt worden.

Auf Vorschlag des Reichskanzlers hat der Reichspräsident Ober-
regierungsrat Planck zum Staatssekretär in der Reichskanzlei er-
nannt.

Der Haager Gerichtshof.

Von

Senator i. R. Dr. A. Nöldecke-Hamburg.

Der Haager Weltgerichtshof, der sich am 9. Juni mit den ihm
bereits überwiesenen und voraussichtlich noch weiter zu über-
weisenden Beschwerden des Memellandes zu befassen
haben wird, ist ein Kind des Völkerbundes. Ihm ging voraus der
auf den Friedenskonferenzen von 1899 und 1907 geschaffene, heute
formell noch bestehende, aber nicht mehr tätige Haager Schieds-
hof zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle. Aber dieser
sogenannte Schiedshof ist tatsächlich gar kein dauerndes Schieds-
gericht, sondern nur eine Liste von Personen, die zur Entscheidung
internationaler Streitfälle bereit und besonders geeignet sind.
Trotzdem hat er in einer ganzen Reihe von Fällen, z. B. dem
Cajablanca-Fall, nützliche Arbeit geleistet. Schon vor dem Ausbruch
des Weltkrieges wurde von verschiedenen Seiten, besonders von den
Bereinigten Staaten auf eine Vervollkommnung der Bestimmungen
über den Internationalen Schiedsgerichtshof hingearbeitet. Die für
das Jahr 1915 zur Beratung dieser Frage vorgelegene dritte Frie-
denskonferenz kam jedoch infolge des Ausbruchs des Weltkrieges
nicht mehr zustande.

Einen besonderen Anstoß zur Erweiterung der Bestimmungen
über die internationale Schiedsgerichtsbarkeit gab
die Errichtung des Völkerbundes. Hier forderte man einmal die
Einsetzung eines wirklichen ständigen Gerichtshofs und weiter-
zuingende Vorschriften über die Inanspruchnahme des Gerichtshofs,
ein sog. Obligatorium. Um dies zu sichern, bestimmte Art. 14 der
Statuten des Völkerbundes, daß der Rat des Völkerbundes einen
Plan zur Errichtung eines ständigen internationalen Gerichtshofs
ausarbeiten soll, der über alle ihm von den Parteien unterbreiteten
internationalen Streitfragen zu befinden und ferner gutachtliche
Aussagen über jede ihm vom Rate oder der Bundesversammlung
vorgelegte Streitfrage oder sonstige Angelegenheit zu erlassen habe.
Weiter enthalten die Artikel 13 und 15 gewisse Vorschriften über
Fälle, in denen der Schiedsgerichtshof in Tätigkeit zu setzen ist. Der
Entwurf einer Satzung für den Weltschiedsgerichtshof ist dann von
einer Juristenkommission des Völkerbundes recht schnell ausgearbei-
tet und schon im Februar 1920 von der Völkerbundesversammlung
angenommen worden. Am 15. Februar 1922 ist der Gerichtshof im
Haag feierlich eröffnet worden.

Der Weltschiedsgerichtshof ist ein wirklich ständiger
Gerichtshof. Er tritt mindestens einmal im Jahr, u. z. am 15. Juni,
zur Erledigung aller Fälle, über die entweder ein Gutachten er-
stattet oder eine Entscheidung gefällt werden soll, im Haag zu-
sammen. Er besteht aus 15 Mitgliedern, die nach einem sehr kom-
plizierten Verfahren vom Völkerbund (Rat und Plenum) jeweils
auf neun Jahre gewählt werden. Von ihnen wirken im einzelnen
Falle 5 Mitglieder mit. Dabei ist dafür gesorgt worden, daß jeweils
nicht mehr als ein Angehöriger eines zum Völkerbunde gehörigen
Landes gewählt wird, wie überhaupt die Richterhaft auf die Völ-
kerbundsmitglieder beschränkt ist. Bezeichnend ist die in der Satzung des
Gerichtshofs festgesetzte Voraussetzung für die Wahl zum Richter.
Danach sind nur solche Personen wählbar, die „in ihrer Heimat in
höchster sittlicher Achtung stehen und die die Voraussetzung zur Aus-
übung der höchsten richterlichen Ämter in ihrem Lande erfüllen
oder Rechtsgelehrte von anerkannter Bedeutung auf dem Gebiete
des internationalen Rechts sind“. Für Deutschland sieht bekanntlich
der Völkerrechtslehrer und frühere Reichstagsabgeordnete Prof.
Schücking als Mitglied im Gerichtshof. Die Richter brauchen
nicht auszuweichen, wenn eine Sache ihres Landes zur Verhand-
lung kommt; andererseits ist auch dafür gesorgt, daß jede der strei-
tenden Parteien unter den Richtern einen Staatsangehörigen hat.
Daß das letztere mit den Grundzügen einer unparteiischen Gerichts-
barkeit nicht ganz übereinstimmt, ist schon oft mit Recht bemängelt
worden, doch wäre ohne solche Bestimmung das Statut des Gerichts-
hofs schwerlich zustande gekommen, da mit Rücksicht auf die nicht rein
juristischen, sondern häufig geradezu politischen Aufgaben des
Gerichtshofs mehrere Länder eine derartige Regelung dringend ver-
langten und davon ihre Zustimmung zum Statut überhaupt ab-
hängig machten.

Von ganz besonderer Bedeutung für die internationale Schieds-
gerichtsbarkeit ist die Regelung der Zuständigkeit des Welt-
gerichtshofs. Grundlegend ist diese nach Art. 14 des Statuts
auf diejenigen Streitfälle internationalen Charakters beschränkt,
die dem Gerichtshof von den Parteien unterbreitet werden. Es be-
steht hiernach kein Zwang für die Länder, auch nicht für die Mit-
glieder des Völkerbundes, vor dem Haager Gerichtshof zu erscheinen,
wenn sie nicht wollen. Doch bestimmt Art. 36 des Statuts, daß sich die
Länder nach Unterzeichnung eines besonderen Protokolls ohne eine
spezielle Vereinbarung gegenseitig verpflichten können, die Zus-
tändigkeit des Haager Gerichtshofs anzuerkennen. Dadurch ist eine
erhebliche Erweiterung der Zuständigkeit des Gerichtshofs erfolgt,
da viele Länder, darunter auch Deutschland 1927 für fünf Jahre,
sich dieser „fakultativen Klausel“ unterworfen haben. Außerdem ist in
zahlreichen internationalen Verträgen die Zuständigkeit des Haager
Gerichtshofs für bestimmte, aus diesen Verträgen sich ergebende
Streitigkeiten verbindlich vereinbart worden. Dazu gehört z. B. das
Memelstatut, das die Deffektivität in der letzten Zeit so sehr
beachtlich hat. Aber auch der Versailler Vertrag enthält Bestim-
mungen über die obligatorische Gerichtsbarkeit des Haager Gerichts-
hofs in bestimmten Fällen. Dem folgten das Dawes-Gutachten und
der Youngplan. So hat im Jahre 1927 der Haager Gerichtshof über
einen Streit zwischen Deutschland und der Reparationskommission
über die Auslegung des Dawesplans zu entscheiden ge-
habt. Wenn wir damals ebenso wie im vorigen Jahre im Streit
über die Zulässigkeit der deutsch-österreichischen Zoll-
union unterlegen sind, so war die Zweifelsfrage nach der Unpar-
teilichkeit der Richter durchaus verständlich. Die Schwierigkeit, über
die man bisher noch nicht hinwegkommen ist, liegt eben in der
Frage des vom Gerichtshof seinen Entscheidungen und Gutachten
zu Grunde zu legenden Rechts. Der Gerichtshof soll näm-
lich seinen Beschlüssen zu Grunde legen einmal die in Betracht kom-
menden Staatsverträge, was an sich klar ist, und ferner das inter-

Italien will Deutschland helfen

Außenminister Grandi verlangt Streichung der Tribute und Wiederaufbau der Welt.

U. Rom, 3. Juni. Außenminister Grandi hielt am Freitag
nachmittag im Senat eine etwa zweistündige Rede. Hinsichtlich der
Aktionen wiederholte er den bekannten italienischen Stand-
punkt. Italien glaube doch, daß die Schwierigkeiten in Genf nicht
unüberwindlich seien. Grandi bemängelte, daß die Abrüstungskonfe-
renz noch kein Ergebnis vor der Lausanner Konferenz erzielt habe,
zumal trotz technischer Trennung zwischen Abrüstung, Reparationen
und Kriegsschulden eine politische und moralische Verbindung bestehe.
Italien werde zwar bis zu der Grenze der Möglichkeit — die in den
eingehenden Zahlungen besteht — seinen Verpflichtungen entsprechen.

Aber da die Schulden- und Reparationsfrage neben den
Lasten auch eine politische Verantwortung mit sich bringe,
müsse nochmals im Sinne Mussolinis ein Schlüssitrich
verlangt werden.

Italien wolle sich an den Verhandlungen in Lausanne beteiligen,
in der Abicht, die in den Valeden Vorschlägen im vorigen Jahr ent-
haltenen Grundzüge durchzuführen und endlich die gesamten wirt-
schaftlichen und finanziellen Kräfte aller Länder in Bewegung zu
setzen. Die schicksalhafte Regierung werde fortfahren, die italienische
Erzeugungsindustrie, die so schwer durch die von einigen Staaten
eingeführten Beschränkungen betroffen sei, zu schützen. Die
Aufrechterhaltung dieser Beschränkungen würde die Handels-
verkehr der Wirtschaft aller beteiligten Länder. Bei der Behandlung
der Frage, die einige, wie Grandi sagte, die Donaufrage nennen, und
die Italien aus Liebe zur Genauigkeit fortfahre als

Mittel- und Südosteuropafrage

zu bezeichnen, wies Grandi darauf hin, daß sich die Lage trotz der
verschiedenen theoretischen Pläne verschlechtert habe. Der deutsch-
österreichische Zollunionsplan, sowie der französische Vorschlag ent-
halten nicht die Voraussetzungen für einen tatsächlichen wirtschaft-
lichen Wiederaufbau. Grandi wandte sich dagegen, daß eine wirt-
schaftliche Einheit, die auf der Grundlage der alten Habsburger
Monarchie beruhen sollte, weder Galizien noch Triest und Triume

umfassen sollte, die einzigen Zugänge zum Meer, über die der ganze
Verkehr der österreichischen Monarchie gegangen sei, während Gebiete
wie Bessarabien, die Dobrudscha und Mazedonien die nicht zur Mo-
narchie gehörig hätten, eingegliedert werden sollten. Grandi beantragte
dann den Ausschluß von Bulgarien und Griechenland.
Italien habe in Südosteuropa nicht nur wirtschaftliche und politische
Belange, sondern auch beachtliche finanzielle Belange zu schützen.
Grandi sprach sich in diesem Zusammenhang für beschleunigte Be-
handlung des Falles Desterreich aus.

Das Deutsche Reich fordere die Freiheit. Seit Kriegsende
bis heute, so könne man sagen, habe Italien nicht die
geringste Gelegenheit veräumt, um Deutschland zu hel-
fen und den allzu schweren Verpflichtungen auf wirt-
schaftlichem, militärischem und finanziellem Gebiet ein
Ende zu bereiten, damit Deutschland gleichberechtigt wie-
der in den Kreis der freien Völker zurückkehren könne.

Der von Frankreich geforderten Sicherheit habe Italien durch Un-
terzeichnung des Locarno-Vertrages Rechnung getragen.
Aber auch Italien habe sein Problem vor aller Welt zu stel-
len, das nicht weniger ernst sei wie das der Freiheit und das der
Sicherheit. Es sei eine Frage des Lebens und betreffe

die Zukunft des italienischen Volkes, das 42 Millionen
zählt und nach 15 Jahren auf 50 Millionen angewachsen
sein werde.

Können diese Millionen leben, wenn sie zusammengedrängt sind auf
ein Gebiet, das die Hälfte des französischen, spanischen oder deutschen
ausmacht, das keine Rohstoffe besitzt, eingegrenzt ist von einem ge-
schlossenen Meer, während kein Handel über dieses Meer hinaus-
reicht, dessen Schutzwände im Besitz anderer Staaten sind, während
alle Völker gegen die Entwicklung des Verkehrs, der Kapitalbewe-
gung und der Auswanderung Schranken errichten, um jeden zu ent-
nationalisieren, der die Grenze überschreitet? Diese Frage der Zu-
kunft Italiens wird eingereiht in die große Frage des Wiederauf-
baus der Welt. Wir fordern, daß sie so aufgefaßt und belebt wird!

nationale Gewohnheitsrecht sowie die allgemeinen, von den Kulturstaaten anerkannten Rechtsgrundsätze. In letzterer Beziehung bestehen nun, wie ja im Weltkrieg deutlich hervorgetreten ist, grundsätzliche Unterschiede zwischen den Rechtsanschauungen des angelsächsischen und, um es kurz zu sagen, des kontinentalen Völkertums. Diese Gegensätze sind auch, wie von sachverständiger Seite näher belegt worden ist, in den beiden oben erwähnten Streitigkeiten, in denen wir im Haag unterlegen sind, ausschlaggebend gewesen. Das kann sich erst durch eine längere Praxis des Haager Weltfriedensgerichtshofes, dem neben der Entscheidung der aktuellen Fälle auch die wichtige Aufgabe der Fortbildung des Völkerrechts obliegt, bessern. Der Gerichtshof wird hoffentlich die Ausgleichung der Gegensätze auf dem Gebiet des Völkerrechts zu finden wissen.

Danzig fordert Entfernung der polnischen Eisenbahndirektion.

II. Danzig, 3. Juni. Der Senat der Freien Stadt Danzig hat am Freitag nachmittag an den diplomatischen Vertreter der Republik Polen in Danzig, Dr. Papée folgende Note gerichtet:

„Durch die Entscheidung des Hohen Kommissars vom 12. Dezember 1922 und durch den diese Entscheidung bestätigenden Beschluß des Rates des Völkerbundes vom 13. März 1925 ist rechtskräftig festgestellt worden, daß Polen kein Recht hat, auf Danziger Gebiet eine Eisenbahndirektion einzurichten, die sich mit der Verwaltung anderer Eisenbahnen als der auf dem Gebiet der Freien Stadt gelegenen beschäftigt. Mit der durch diese Entscheidung geschaffene Rechtslage steht es nicht in Einklang, daß die polnische Eisenbahnverwaltung in der Eisenbahndirektion und in den Eisenbahnämtern in Danzig Verwaltungsstellen eingerichtet hat, die sich nicht nur mit der Verwaltung der auf dem Gebiete der Freien Stadt Danzig gelegenen Eisenbahnen, sondern auch mit der Verwaltung der polnisch-pommerellischen Eisenbahnen beschäftigen. Die Regierung der Freien Stadt Danzig beehrt sich daher, die polnische Regierung zu ersuchen, die Verwaltung der polnisch-pommerellischen Eisenbahnen spätestens bis zum 31. Dezember 1932 aus dem Gebiet der Freien Stadt zu entfernen.“

Abchrift dieses Schreibens hat der Hohe Kommissar des Völkerbundes erhalten.“

Aus den jahrelangen Verhandlungen ist bekannt, daß die polnische Eisenbahndirektion mit ihren Beamten sich gewissermaßen als Polonisierungszentrale in Danzig fühlt. Aus diesem Grunde ist auch wohl der jäh, jahrelange Widerstand Polens gegen die Verlegung zu erklären. 1926 hat der polnische Außenminister im Sejm diese Gedanken offen ausgesprochen, indem er betonte, schon aus dem Grunde müsse die polnisch-pommerellische Eisenbahndirektion in Danzig bleiben, da sonst das polnische Gymnasium, die polnische Schule und sonstige polnische kulturelle Einrichtungen in Danzig nicht gehalten werden könnten. Die polnische Eisenbahndirektion beschäftigt etwa 500 Beamte polnischer Staatsangehörigkeit in Danzig.

Flugzeugabsturz bei Berlin.

Berlin, 3. Juni. Am Freitag nachmittag stürzte auf dem Flugplatz Johannistal ein Flugzeug der Templer-Werke ab. Das Flugzeug schlug auf ein Fabrikgebäude auf und durchschlug das Dach. Hierbei wurden mehrere Arbeiter schwer verletzt. Das Flugzeug ist vollkommen zertrümmert. Die Feuerwehr mußte fünf Schwere- und drei Leichtverletzte ins Krankenhaus schaffen.

Von den durch den Absturz eines Flugzeuges in Berlin-Johannistal verletzten Arbeitern ist eine 25jährige Arbeiterin ihren Verletzungen erlegen. Die anderen Verunglückten sind außer Lebensgefahr.

Die Sklareks in Polizeigewahrsam.

* Berlin, 3. Juni. Nach längerer Beratung lehnte das Gericht im Sklarekprozeß den Antrag der Staatsanwaltschaft, Leo und Willi Sklarek zu verhaften, ab, da kein Fluchtverdacht bestehe. Das Gericht beschloß aber, die Sklareks in Polizeigewahrsam zu nehmen, um die baldige Verurteilung des Prozesses zu gewährleisten. Da beide auf ihre Verhandlungsfähigkeit geprüft werden sollen, werden sie in den nächsten Tagen einer eingehenden ärztlichen Untersuchung unterzogen werden.

Philipp Lenard.

Zum 70. Geburtstag des Heidelberger Gelehrten am 7. Juni.

Von Prof. Dr. Kirchberger.

Wer ist der größere Forscher, derjenige, der der Natur eine ganz neue Seite abzugewinnen vermag, der die staunende Welt durch eine völlig neue Entdeckung blendet und so mit einem Male dem menschlichen Wissen ein neues, völlig unbekanntes Gebiet erschließt, oder derjenige, der aus an sich bekanntem Stoff neue Fragen zu formen weiß, die er der so spröden Natur vorlegt, und der in ebenso geduldiger Arbeit sie auch zu den Antworten zu zwingen versteht, zu denen sie sich oft nur mit Widerstreben bequemt? Die Antwort auf diese Frage wird nicht ganz leicht sein, denn beide Arten Forscher sind für die Wissenschaften unentbehrlich, aber vielleicht kann man sagen, daß der dieser Eingeweihte sich eher bereit finden wird, der zweiten Art von Forschern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen als die große Menge, die sich dem Zauber, der von ganz neuen Dingen ausgeht, ohne Schranken hingibt.

Damit hat man den Grund, weshalb Philipp Lenard, wie wohl längst als einer der ersten lebenden Physiker anerkannt, wie wohl Nobelpreisträger und einer der gefeiertesten Altmeister seiner Wissenschaft, in der breiten Öffentlichkeit doch nicht so berühmt wurde, wie manche seiner Mitstreiter. Es ist ihm und seinen bahnbrechenden Leistungen Unrecht geschehen — freilich nicht, durch irgend einen bösen Willen, sondern durch das Geschick selbst, das ganz unmittelbar neben seine Leistungen andere stellte, die zwar nicht größer und nicht verdienstvoller, aber eben doch mehr in die Augen fallend waren als die seinen.

Lenards größtes Verdienst, auf dem vor allem seine Unsterblichkeit beruht, war die Erforschung der Kathodenstrahlen und die darauf begründete Vorstellung vom Wesen der Atome, die er als erster Physiker als zusammengesetzt aus elektrischen Einheiten erkannte. Die Lenardischen Versuche über Kathodenstrahlen führten bei ihrer Wiederholung Kantigen zu seiner weltberühmten Entdeckung, bei der also auch Lenard als eine Art stiller Teilhaber mitgewirkt hat, die aber durch ihren allzu hellen Glanz alles, was in ihrer Nähe stand, und somit auch die Kathodenstrahlen, verblüffte. Es war sicher bewundernswert, mit welcher Kühnheit und Folgerichtigkeit Lenard aus seinen Experimenten Schlüsse über den Bau der Atome zieht; aber zur gleichen Zeit entdeckten die beiden Curie in Paris das Radium mit seinen merkwürdigen Eigenschaften, deren Deutung dem großen Genie Rutherford's gelang. Auch hier ist Lenard nicht unbeteiligt, da seine Arbeiten vielfach die Vorbilder waren, aber die schnelleren Fortschritte gingen von der neuen Methode aus, die auch wieder, wie Röntgens Entdeckung, keine Götter neben sich zu dulden schien.

Serriot beauftragt.

Die Regierungsbildung in Frankreich.

* Paris, 3. Juni. Staatspräsident Lebrun hat am Freitagabend die Beratungen für die Regierungsneubildung ausgenommen und gegen 18 Uhr die Präsidenten der Kammer und des Senats empfangen. Um 19 Uhr wurde Serriot vom Präsidenten der Republik mit der Regierungsbildung betraut und hat den Auftrag angenommen. Vom Schloß Châteaufort begab sich Serriot zu den Präsidenten der beiden Kammern und zum Ministerpräsidenten Lardieu, um ihnen den üblichen protokolllarischen Besuch abzugeben.

In der Freitagnachmittagsitzung der französischen Kammer fand die Wahl des Kammerpräsidenten und der Vizepräsidenten statt. Fernand Buisson wurde mit 504 Stimmen bei 545 Wählern gewählt.

Auch im Senat fand im Laufe des Nachmittags die Ersatzwahl für den bisherigen Senatspräsidenten Lebrun statt. Der radikalsozialistische Senator Jeanneney wurde mit 228 bei 245 Wählern gewählt.

Preußenlandtag verlag.

Neuwahl des Ministerpräsidenten praktisch unmöglich. / Kommt ein Reichskommissar?

m. Berlin, 3. Juni. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Der preußische Landtag hat am Freitag die große politische Aussprache beendet. Sie war etwas einseitig dadurch, daß die Regierung mit einer schriftlichen Begründung auf ihr Erscheinen verzichtete und die Vertretung ihrer Interessen den Parteien der Weimarer Koalition überließ. Als Querschnitt der parteipolitischen Auseinandersetzungen ist nur festzuhalten, daß Nationalsozialisten und Zentrum sich noch weiter „auseinandergesetzt“ haben, das ist wohl zunächst jede Möglichkeit einer Verständigung als ausgeschlossen betrachtet werden muß.

Die Kommunisten aber haben sich als Nothelfer der alten Weimarer Koalition zur Verfügung gestellt. Sie haben mit den früheren Regierungsparteien den Antrag auf Rückkehr zur alten Geschäftsordnung niedergestellt, der insolge dessen mit 212 gegen 202 Stimmen der Ablehnung verfiel. Es bleibt also zunächst dabei, daß zur Wahl eines neuen Ministerpräsidenten die absolute Mehrheit erforderlich ist. Das ist eine zahlenmäßige Unmöglichkeit. So weit dürfte also die Rechnung der Sozialdemokraten stimmen und das geschäftsführende Kabinett, das zu allem Ueberflus noch ein handfestes Mißtrauensvotum erhielt, im Amte bleiben. Trotzdem aber wird die Rechnung nicht aufgehen, denn die Gefahr eines Eingriffs des Reiches unter dem Kabinett Papen ist sehr groß geworden. Im Augenblick hat die Reichsregierung allerdings noch andere Sorgen. Sie wird die Dinge vielleicht einige Wochen ansetzen lassen, aber zuletzt doch dem unmöglichen Spiel ein Ende machen müssen, wobei es nahe liegt, daß der neue Reichsinnenminister Freiherr von Gayl zum Reichskommissar von Preußen ernannt wird und Ordnung zu schaffen versucht.

Der Landtag hat sich bis zum 21. Juni verlag. Man wird ja dann über die weitere Entwicklung klarer sehen und die Geschäftsordnung, in der Form wie sie jetzt ist, durchgezieren müssen, das heißt, den Versuch zur Neuwahl eines neuen Ministerpräsidenten machen und dann, wenn alle Mittel einer Selbsthilfe von Preußen aus erschöpft sind, an das Reich appellieren.

Schleicher an die Reichswehr.

* Berlin, 3. Juni. Reichswehrminister von Schleicher hat an die Reichswehr folgenden Aufruf erlassen: „Mit dem heutigen Tage trete ich das Amt des Reichswehrministers an, zu dem mich das Vertrauen des Reichspräsidenten, des Oberbefehlshabers der Reichswehr, berufen hat. Ich werde meine Kraft daran setzen, daß die Reichswehr dazu befähigt wird, ihre Berufsaufgabe zu erfüllen: Deutschlands Grenzen zu schützen und seine nationale Sicherheit zu gewährleisten. Ich werde ferner dafür sorgen, daß die geistigen und physischen Kräfte

Seine berühmteste Leistung war das Lenardfenster, eine winzig feine Öffnung, die er in handfeines Aluminium bohrte. Er wollte den Kathodenstrahlen, die in einer hochflutleeren Röhre erzeugt waren, einen Austritt aus dieser Röhre ermöglichen, sie sollten aber möglichst wenig geschwächt werden, und deshalb durfte das Aluminium-Bälchchen nur ein bis zwei Tausendstel Millimeter stark sein. Aber trotz des Feinstens mußte die Luftleere der Röhre aufrecht erhalten werden, und das war wiederum nur durch Kleinfestigkeit des Fensters zu erreichen, denn sonst hätte der Luftdruck das ganze Aluminiumbälchchen zerdrückt. Aber diese winzige Fensterlein sollte den Blick in unerhörte Weiten öffnen.

Denn den einmal aus der Erzeugungsröhre ausgetretenen Strahlen legte nun Lenard Fragen auf Fragen vor; besonders ihre Absorption, ihre Aufzehrung beim Durchgang durch die Materie galt es aufzuklären. War der Raum luftverdünnt, so ließen sich noch auf meterlange Entfernungen Spuren der Strahlen nachweisen, aber andererseits gingen sie auch durch die dichtesten Stoffe, wie Gold oder Platin, wenn auch nur durch winzige Bruchteile eines Millimeters. Aller Stoff ist durchsichtig, er hat Poren, das war der große Schluß, den Lenard zog, und er erkannte auch, daß er eben diese Poren bei festen Stoffen nicht zwischen den Atomen, sondern in ihnen zu suchen habe. Die Atome mußten also zusammengesetzt sein, aus kleineren Einheiten bestehen; aber welche waren diese kleineren Einheiten, diese Bausteine der Atome? Es war vielleicht der genialste Gedanke, den Lenard gehabt hat, daß er eben diese Elektronen, die er als Sendboten in die Atome geschickt hatte, auch als deren Bestandteile erkannte; denn es gelang aus fast allen Stoffen, insbesondere den Metallen, durch Bestrahlung mit kurzwelligen, ultravioletten Lichtelektronen herauszuschlagen. Der Gedanke, daß aller Stoff letztlich aus elektrischen Einheiten bestehe, ist in den 30 Jahren, seit Lenard ihn zum ersten Mal sagte, in unerhörter Weise ausgebaut und vervollkommen worden; er bedeutete die Überwindung des Gegensatzes von Kraft und Stoff, wenn man will die Überwindung des Materialismus.

Von den anderen zahllosen Arbeiten Lenards erfreuen sich seine Untersuchungen über die sogenannte Wasserfall-Elektrizität einer besonderen Beliebtheit. Bei schneller Zerstoßung von Wasser tritt Elektrizität auf und so wird einerseits das Wasser des Wasserfalls, andererseits die Luft in seiner Umgebung elektrisch. Wahrscheinlich besteht schon vorher eine elektrische Doppelschicht, die bei dem Fall zerstört und auseinandergerissen wird. Die Arbeit ist für das Verständnis der Gewitterelektrizität und auch anderer Fragen wichtig.

Der leidenschaftliche Widerspruch Lenards gegen die Eintheilung der Relativitätstheorie ist nun schon geschichtlich geworden, ähnlich etwa dem Streit um das Kopernikanische System oder um den Darwinismus. Es scheint ein Naturgesetz zu sein, daß die wissenschaftliche Entwicklung nicht ohne gelegentliche Explosionen und Temperamentsausbrüche vor sich gehen kann. Sie haben meist einen Hintergrund von allgemeiner Bedeutung. Hier war es wohl die Abneigung des vorwiegend mit Experimenten arbeitenden Forschers gegen die „Schedensherrschaft der Mathematiker“, wie man es gelegentlich genannt hat, eine Art Auflehnung des von Lenard zitierten ge-

Weltkriegenkonferenz in London?

II. London, 3. Juni. Wie verlautet, wird der britische Außenminister Simon binnen kurzem mit den diplomatischen Vertretern Deutschlands, Japans und Belgiens über Natur, Ort und Zeit der geplanten Weltwirtschaftskonferenz in Verhandlungen eintreten.

Der Unterstaatssekretär Lansittart empfing am Freitag um 16 Uhr die Londoner diplomatischen Vertreter Deutschlands, Japans, Belgiens und Japans im Außenamt und unterrichtete sie über die Vorgänge, die sich im Zusammenhang mit der Entscheidung abgepielt haben, eine Weltkriegenkonferenz einzuberufen. Deutschseitig war Graf Bernstorff anwesend, der jetzt die Geschäfte der Botschaft führt. Wie verlautet, hat Lansittart bei dieser Gelegenheit die Möglichkeit erwähnt, durch die Sachverständigen der Lansittart-Wägen schon Vorbereitungen für die Weltkriegenkonferenz in Angriff nehmen zu lassen. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Vereinigten Staaten London als Treffpunkt am meisten begrüßen würden, womit auch der englische Ministerpräsident Macdonald einverstanden sein würde.

Treuengebese vom irischen Senat angenommen.

II. London, 3. Juni. Der irische Senat nahm am Donnerstag das Treuengebese in zweiter Lesung mit 21 gegen 8 Stimmen bei Stimmenthaltung der meisten Mitglieder der Cosgrave-Partei an.

unseres Volkes gestärkt werden, welche die unentbehrliche Grundlage der Landesverteidigung bilden. Ich bin überzeugt, daß im Innern die Tatsache, daß wir eine geschlossene und überparteiliche Wehrmacht besitzen, allein genügen wird, um die Autorität des Reiches vor jeder Erschütterung zu bewahren. Ich vertraue darauf, daß jeder Angehörige der Wehrmacht dabei helfen wird, das mir anvertraute Erbe einer großen Vergangenheit zum Besten von Volk und Vaterland zu erhalten! Der Reichswehrminister: gez. v. Schleicher.“

Hörzing endgültig aus dem Reichsbannervorstand ausgeschieden.

II. Berlin, 3. Juni. Die Bundespreßstelle des Reichsbanners teilt mit: Der bisherige erste Bundesführer des Reichsbanners, Otto Hörzing, hat unter dem 3. Juni dem Bundesvorstand mitgeteilt, daß er von der Bundesführung zurücktritt und aus dem Bundesvorstand ausscheidet.

Die tatsächliche Leitung des Bundes lag bekanntlich schon seit Ende vorigen Jahres in den Händen des geschäftsführenden Bundesvorsitzenden Höfnermann.

Sakenkreuzfahne auf dem Rathaus.

II. Westerbe (Odenburg), 3. Juni. Die letzte Sitzung des Gemeinderates beschäftigte sich mit einem Antrag eines Gemeinderatsmitgliedes, der besagt: Der Aushang der nationalsozialistischen Fahge, auf dem Rathaus erfolgt jedes Mal während der Dauer der Sitzung des Gemeinderates. — Es ergab sich eine rege Aussprache über diesen Antrag, der schließlich angenommen wurde.

Tages-Anzeiger.

(Näheres siehe im Inseratenteil.)

- Samstag, den 4. Juni.
- Landestheater: Die drei Musketiere, 20-22.45 Uhr.
 - Stadttheater: Konzert der Bad. Volksgesellen, 19-19.30 Uhr.
 - Bad. Stadttheater: Koncertabend: Zarafanowa, die falsche Sarentochter, 20.30 Uhr.
 - Männerturnverein: Turnertreffen. — Gemütl. Beisammensein im Vereinsheim, 20.30 Uhr.
 - Karlshorner Turnverein 1846: Kunstturnwettkampf im Kolosseum, 20 Uhr; anschließend Familienabend mit Tanz.
 - Gebirgsartillerieregiment: Zusammenkunft in der Alten Ende, 20.30 Uhr.
 - Stadttheater-Restaurant: Tanz.
 - Kaffee Klub: Gesellschaftstanz.
 - Kaffee-Kabarett Roland: Stellung und das Juni-Programm.
 - Yule-Kabarett: Nachmittags-Vorstellung, 18 Uhr.
 - Kaffee Grüner Baum: Tanz.
 - Fliegertanze: Tanz.
 - Residenz-Virtuosen: Die verlobte Firma.
 - Schauburg: Der Sieger.
 - Palast-Virtuosen: Sergeant X.
 - Gloria-Palast: Der Prinz von Arkadien.

sunden Menschenverstandes gegen die Vermutungen des allzu abstrakten Denkens. Die großen Erfolge Lenards beruhen alle auf anderen Hilfsmitteln als auf denen der Mathematik, und so ist es verständlich, daß er deren Wert für die Entdeckungen der Natur nicht so hoch veranschlagte, wie die Mehrzahl seiner Fachgenossen. Auch gegenüber dem anderen großen Gedankenbilde der heutigen Physik, der Quantentheorie, war Lenard recht zurückhaltend.

Lenard ist in Freiburg geboren; Helmholz, Bunsen sowie sein späterer Heidelberger Kollege Quinke waren seine akademischen Lehrer. Als Universitätslehrer wirkte er eine zeitlang zusammen mit dem nur fünf Jahre älteren Heinrich Herz in Bonn, nach dessen vorzeitigem Tod er dessen hinterlassene Schriften herausgab. Seit 25 Jahren wirkt er in Heidelberg, dem nichtwundernden Forscher und Lehrer entbieten auch wir unsern Glückwunsch.

Kleine Nachrichten aus Kunst und Wissenschaft.

Professor Max Dejer gestorben. Der ehemalige Direktor der Mannheimer Schloßbücherei Professor Max Dejer, ist nach längerer Krankheit gestorben. Dejer stammte aus Dresden, wo sein Vater einer der bekanntesten Maler aus dem Kreise Richters und Schnorrs von Carolsfeld war. Dejer betätigte sich erst als Literat, als 23-jähriger wurde er nach Mannheim berufen. Von ihm stammen eine Geschichte der Stadt Mannheim, eine Geschichte des Klosters Lorch, eine Geschichte der Kupferstechkunst und anderes mehr. Auch ein Schillerdrama hat Max Dejer geschrieben „Hilfswort, der arme Teufel“. Seine eigentliche Domäne war überhaupt die Zeit Schillers.

Deisterreichische Kunst für die neue Türkei. Der Gobelin, den die Wiener Gobelin-Manufaktur in der Hofburg im Auftrage der türkischen Regierung für den Staatspräsidenten Ghazi Kemal Pascha unter der Leitung Dr. Waders in viermonatelanger Arbeit herstellte, ging jetzt nach Ankara ab. Der Wandbehang stellt Motive aus der Stadt Ankara dar und weicht von den überlieferten Gobelenarbeiten in mandem ab, so in der geschlossenen Wiedergabe von Bäumen und Laubwerk, die viel lebendiger erscheint als die übliche Darstellung eines jeden einzelnen Blattes. Der graphische Charakter der vom Kemal Pascha eigens erwünscht war, ist durch starke schwarze Schattierung und durch viel Linienwerk gelöst. Der überaus große Wandbehang erfüllt in idealer Weise die Aufgabe eines Gobelins: perspektivisch zu sein ohne eine Lücke in die Wand zu reißen, also möglichst zwei-dimensional zu wirken. Er ist für das Arbeitszimmer Kemal Paschas im neuen Ghazi-Palast bestimmt.

Menschen Knochen, die 2 Millionen Jahre alt sind. Am Ufer des Viktoriasees hat Dr. Leakey aus Cambridge, der Führer der ostafrikanischen archäologischen Expedition, den Unterkieferknochen des vermutlich ersten „homo sapiens“ gefunden. Er schätzt, daß man für diesen Menschen eine noch frühere Existenz annehmen darf, als die des Oldoway-Menschen, der vor etwa 2 Millionen Jahre gelebt haben mag. Gleichzeitig fand Dr. Leakey Reste von Menschenaffen, die er unverzüglich englischen Sachverständigen zugehen ließ.

Aus der Landeshauptstadt. Karlsruhe, den 4. Juni 1932. Einstellung in das Reichsheer und die Reichsmarine.

Ueber die Einstellung zum zwölffährigen Dienst in der Wehrmacht herrschen vielfach unzutreffende Ansichten, die zu unnötigem Schriftverkehr und zu Enttäuschungen führen. Sowohl das Reichsheer, wie die Reichsmarine, stellen alljährlich Anfang April und Anfang Oktober den Ersatz für die im Laufe des Halbjahres ausgeschiedenen Soldaten ein.

Gewitter. Die von der Landeswetterwarte angekündigten Regen- und Gewitterböden haben nicht lange auf sich warten lassen. Gegen 5 Uhr nachmittags haben die Gewitterwolken auf ihrem Anmarsch Karlsruhe erreicht und sich mit zudenden Blitzen und gewaltigem Dauertraben über der Stadt entladen.

Registrierung eines Fernbebens mit zitternder Wirkung. Die Seismographen des Naturwissenschaftlichen Vereins im Geodätischen Institut der Technischen Hochschule Karlsruhe registrierten Freitag mittag ein sehr starkes Erdbeben. Die ersten Vorläuferwellen ereilten 11.50, 13 Uhr, die zweite 12.05, 30 Uhr die Station.

Der Tode überrascht. Nachdem wie schon gemeldet, am Freitag vormittag auf dem Ludwigsplatz ein 82 Jahre alter Mann durch einen plötzlichen Tod aus dem Leben hinweggerafft worden war, ereignete sich am Nachmittag auf dem Marktplatz ein ähnliches trauriges Ereignis.

Die Leiche einer Karlsruherin bei Speyer gelandet. Die Donnerstagabend in Speyer aus dem Rhein gelandete Leiche ist die seit dem 20. Mai vermisste 54 Jahre alte Frau Luise W. aus Karlsruhe. Sie war die Inhaberin eines Modewarengeschäftes, das ein Verleumdungsverfahren einleitete.

Ernennungen. Oberregierungsrat Dr. Karl Kall in Ministerium des Kultus und Unterrichts wurde zum ordentlichen Honorar-Professor an der Technischen Hochschule in Karlsruhe ernannt. Erster Staatsanwalt Dr. Johannes Ferdinand in Freiburg zum Oberregierungsrat im Justizministerium; die Landgerichtsräte Dr. Alfred Luppold in Karlsruhe zum Ersten Staatsanwalt in Mannheim, Dr. Ernst Pfeiffer in Karlsruhe zum Ersten Staatsanwalt in Karlsruhe; Amtsgerichtsrat Wolfgang Dreher in Karlsruhe und Regierungsrat Dr. Hans Christoph v. Schroeter im Justizministerium zu Landgerichtsräten in Karlsruhe; Staatsanwalt Friedrich Heim in Karlsruhe zum Amtsgerichtsrat in Karlsruhe.

Kriegerdenkmal Daglanden. Für die Aufstellung eines Gedenkmals in Stadteil Daglanden stellte der Stadtrat einen geeigneten Platz bei der Heilig-Geist-Kirche zur Verfügung.

Ergänzung des Bürgerausschusses. Als Ersatz für die aus der Kommunistischen Partei ausgestreitene Stadtverordnete, Frau Frieda Freuß, rückt mit Amtsdauer bis zu den nächsten ordentlichen Gemeindevahlen (November 1934) die nächste der gleichen Wahlvorstandsliste angehörige Bewerberin, Frau Marie Eberle, als Stadtverordnete nach.

Ehrentun. Den Schreiner Peter Kuffler Eheleuten in Stadteil Rippurt, den Zimmermeister Karl Ludwig Pallmer Eheleuten in Stadteil Rintheim und den Tapezier Max Ludwig Stauffer Eheleuten wurden aus Anlaß der Feier ihrer goldenen Hochzeit Ehrentun der Stadt, begleitet von Glückwunschschriften, des Oberbürgermeisters überreicht.

Die städtische Milchzentrale. Vom Rathaus wird uns geschrieben: Aus einer Zuschrift der Vereinigung der Handel- und Gewerbetreibenden der Stadt E. an den Oberbürgermeister haben einige hiesige Zeitungen die Mitteilung entnommen, die städtische Milchzentrale habe im Rechnungsjahr 1931 einen Fehlbetrag von 100 000 M. aufzuweisen. Diese Behauptung ist völlig aus der Luft gegriffen. In Wahrheit hat die Milchzentrale im vergangenen Jahr nicht nur keinen Verlust, sondern einen Gewinn zu verzeichnen.

Filmschau.

Die verliebte Firma.

Tonfilm-Operette im Reiz.

Der Traum der Badische von heutzutage: ungeliebter schwerer Verdienender Star beim Film zu werden, „loftschide“ Garderobe zu tragen, eindrucksvolle Karriere zu machen — ist der Untergrund der Fabel eines melodischen, lebendigen Operettenfilms, der jetzt im Reiz läuft. Da ist in einem weltentzückten Gebirgsdorf eine kleine blonde Postbeamtin, die dadurch, daß sie sich fahrendermode mitten in eine Filmaufnahme hineinplakt, die Aufmerksamkeit des ganzen männlichen Regiestabes auf sich lenkt. Es bedarf nun nur noch des alltäglichen Zwischenfalls, daß die Hauptdarstellerin den ganzen Krempel hinwirft, um dem Mädchen die große Chance ihres Lebens zu geben: Sie wird als Nachfolgerin für die große Hauptrolle ausertoren. Ausertoren von sämtlichen Regiestabern, die in das frische Wädel verliebt sind. Also auf nach Berlin zu Probeaufnahmen! Da ergibt sich nun sehr bald, daß sich der junge Direktor der Gesellschaft der verliebten Haltung seiner künstlerischen Mitarbeiter, von gleichem Geschmack befeelt, ansieht. Kommt die verliebte Firma komplett wäre. Über die gute Absicht, die Anfängerin glänzend zu starten, zerfällt sich an deren absoluter Unzuständigkeit für das Filmfach. Träume waren Schäume; es bleibt eine traumreiche Enttäuschung und — als optimistisches Lappend — Die Verliebtheit des Direktors (Gustav Fröhlich) der, auf die Enttäuschung des Pflaster einer formvollendeten Ehe liebt. So wird Lien Deyers in der Rolle des blonden Mädchens zum Demonstrationsobjekt für traumumfangene Filmwärtnerinnen.

Im Beiprogramm Szöle Szafai in einem sehr lustigen Kurzfilm.

Die Badischen Tischlerei sehen heute und morgen jeweils 8.30 Uhr als Neuaufführung den berühmten Robert Brantje-Helm „Za Zafanova“, die falsche Barentsdotter. Dieser Film, der durch seine feine geistreichen Charakterisierungen sich schon auszeichnet, denn er führt von Petersburg durch die Steppe, durch die Russendörfer hindurch nach der Türkei, zu den ewig blauen Meeren nach Nagasa in das Land des ewigen Sonnenlichts und wieder zurück in die Primitiv- und Glanzzeit der russischen Judenthe des 18. Jahrhunderts. Das allein würde genügen, doch in ihm ist auch leicht zu erkennen, wie es hinter den Kulissen eines von Reichum trotzen Judentheaters stand. In großer Wahrheit hat der Beobachter das geschildert.

Doppel-Jubiläum.

70 Jahre Gesangsverein „Eintracht“ Bulach und 5 Jahre Musikvereinigung „Harmonie“ Bulach-Beiertheim.

Das Doppeljubiläum Gesangsverein „Eintracht“—Musikvereinigung „Harmonie“, das in den Tagen vom 4. bis 6. Juni stattfindet, bietet die Voraussetzungen für einen genussreichen und harmonischen Verlauf. Die Vorbereitungen sind nunmehr beendet.

Der Samstagabend beginnt mit der Toten-Gedenkfeier auf dem Friedhof, dem sich ein Durcharz durch die Hauptstraße nach dem Festzelt anschließt. Hier widmet sich dann das Festprogramm ab, an dem sich außer den festgebenden Vereinen der Patenverein „Frohmann“, der gemischte Chor des Arbeiter-Gesangsvereins „Freundschaft“, der Turnverein und die Freie Turnerschaft Bulach beteiligen. Im Mittelpunkt dieses Banketts steht die Festansprache des Herrn Gauvorstehenden Diez-Karlsruhe, dessen Vater über zwanzig Jahre den Gesangsverein „Eintracht“ dirigierte, und die Ehrungen langjähriger verdienter Mitglieder. Den Abschluß bildet dann ein Gemischter mit Orchesterbegleitung.

Der Sonntag, 5. Juni, beginnt dann um 10 Uhr mit dem Wertungs-Spielen, dem sich ein Gesamtmarz sämtlicher Musikkapellen anschließt. Um 1 Uhr findet der Festzug statt, an dem sich 24 angemeldete Vereine (außer sonstigen) beteiligen. Nachmittags 2 Uhr findet dann das Wertungs-Singen statt, das auch wieder mit einem Gesamtchor von etwa 800 Sängern seinen Abschluß findet. Abends 6.30 Uhr findet die Aushändigung der Plaketten und Diplome statt. Jeder Verein erhält außerdem innerhalb 14 Tagen eine ausführliche Kritik und die zwei bestsingendsten Vereine eine Sondergabe, ebenfalls die bestspielendste Musikkapelle.

Der Montag beschließt dann dieses Doppeljubiläum mit der üblichen Volksbelustigung. Die beiden festgebenden Vereine haben es sich zur Aufgabe gemacht, den anwesenden Gästen genussreiche und fröhliche Stunden zu bieten. Der Eintrittspreis ist, den heutigen Verhältnissen entsprechend, sehr niedrig gehalten.

Aus dem Karlsruher Gerichtssaal.

Der gestohlene Gartenzaun.

Als der Landwirt Emil M. in Mörich am 20. März seinen Garten aufbaute, mußte er die Entdeckung machen, daß der Gartenzaun fehlte. Der Garten war nur noch von den Betonpfählen umgeben und die Hühner rannten unbehindert in der Gegend umher. Anbererseite machte bald darauf der verheiratete Gipser Karl H. in Durmersheim die Beobachtung, daß der Garten seines Schwiegervaters eingezäunt war. Der Besitzer des verschundenen Gartenzauns machte der Gendarmerie Meldung. Diese stellte einen Zusammenhang zwischen dem Verschwinden des Gartenzauns in Mörich und seinem Auftauchen in Durmersheim fest. Als man dem Landwirt M. den Gartenzaun in Durmersheim zeigte, erkannte er seinen eigenen Zaun wieder. Der Verdacht lag nahe, daß der Gartenzaun, berufen, vor Diebstahl zu schützen, selbst gestohlen worden ist. Man nahm unter dem Verdacht des Gartenzaundiebstahls den schon erheblich vorbestraften H. und seinen Schwager, den 21jährigen ledigen Sattler Adolf G. aus Mörich fest. Zusammen mit dem 22jährigen ledigen Maurer Kurt G. aus Mörich hatten sich die drei vor dem Einzelrichter zu verantworten. Das Gericht verurteilte Adolf G. wegen Diebstahls zu 4 Monaten Gefängnis, abzüglich 1 Monat Untersuchungshaft, und Karl H. wegen Hehlerei zu 4 Monaten Gefängnis. Der Mitangeklagte K. G. wurde mangels Beweises freigesprochen.

Für 5 Mark 3/4 Monate Gefängnis.

Wegen Diebstahls hatte sich vor dem Einzelrichter der 21 Jahre alte wegen Hehlerei Adolf H. aus Mörich zu verantworten. Der Angeklagte war zweimal in das Zimmer eines alten Mannes in

75 Jahre Kath. Gesellenverein.

Der im Jahre 1857 gegründete Katholische Gesellenverein Karlsruhe kann in diesen Tagen das Fest seines 75-jährigen Bestehens feiern. Weit über die Grenzen der Angehörigen und Freunde dieser Organisation hinaus hat die außerordentlich wertvolle Tätigkeit des Vereins, die ihren Höhepunkt kürzlich in der Errichtung des neuen großen Heimes, des Kolpinghauses fand, in der breitesten Öffentlichkeit Beachtung und Bewunderung gefunden, jedoch viele freudig an dem Jubelfeste teilnehmen werden.

Entsprechend der Not der Zeit und dem Charakter der Organisation wird dieses Fest gefeiert werden, es wird aber dennoch zu einer gewaltigen Kundgebung der christlichen Nächstenliebe und der Gemeinsamkeit werden. Eine große, öffentliche Kundgebung findet dann am Samstagabend 9 Uhr vor der Stephanskirche statt. Unter dem Motto: „Treu zu Kolping, Kirche und Vaterland“ werden die kath. Gesellen, Jungmänner- und Jugendvereine ein Bekenntnis zu ihrem Gründer und zu Kirche und Vaterland ablegen. Prälat Dr. Stumpf, Karlsruhe, und Diözesanpräses Juber, Freiburg, werden Ansprachen halten, der Kolpingchor, die Musikkapelle Karlsruhe-Ost und das Trommlerkorps des Kathol. Gesellenvereins teilnehmen werden die Feier durch Darbietungen umrahmen. Anschließend findet ein großer Fackelzug statt, der sich durch die Erbenpringsen, Karl, Kaiserstraße, Marktplatz, Karl-Friedrich-Straße, Beiertheimer Allee, Mathy- und Karlstraße zum Kolpinghaus bewegen wird.

Am Sonntag morgen versammeln sich die Gesellen-Jungmänner- und Jugendvereine mit den Fahnenabteilungen der Männer- und Arbeitervereine am Kolpinghaus und ziehen zum feierlichen Festgottesdienst zur Stadtkirche St. Stephan, wo Monsignore Hirth der Generalpräses von Rön, die Festpredigt halten wird.

Am Sonntag nachmittag findet ebenfalls der Bezirksversammlung statt. Am Sonntagabend wird dann ein großer Fackelzug in der Stadt. Festhalle den Abschluß und Höhepunkt des Jubiläumsfestlichkeiten bilden.

Mörich eingestiegen und hatte ihm daraus 3 und 2 Mark entwendet. Die Diebstahle sind deswegen als besondere Gemeinlichkeitsdelikte angesehen, als der Bestohlene selbst nur den färglichen Betrag von 35 Mark im Monat zu verlieren hat. Aus diesem Grunde erkannte das Gericht wegen fortgesetzten erschwerter Diebstahls auf die eigene plariische Strafe von 3 Monaten 2 Wochen Gefängnis.

Voranzeigen der Veranstalter.

Promenadenkonzert. Die Badische Volkskapelle veranstaltet unter Leitung des Kapellmeisters Polentz am kommenden Sonntag-Mittag von 12-18 Uhr auf dem Kirdplatz in Daglanden ein Promenadenkonzert.

Sonntags-Konzerte im Stadtpark. Auch am kommenden Sonntag, den 5. ds. Mts., sind im Stadtpark drei Konzertveranstaltungen mit Ausföhrung vorgesehen und zwar von 11-12 Uhr ein Morgenkonzert, in dessen Verlauf Musikschüler nicht erhoben wird, von 16-18 Uhr ein Nachmittagskonzert und von 20-22 Uhr ein Abendkonzert. Sämtliche Konzerte werden durch das Philharmonische Orchester unter Leitung des Herrn Rudolf Kurt Guhr ausgeführt.

Gast-Museum. Die neue Gastkapelle Arthur Jung, das hervorragende Konzert- und Liederorchester (6 Herren) konzertiert nachmittags und abends, Sonderveranstaltungen: Samstagabend im neuen Saal des Gesellschaftshaus, Sonntag nachmittags 12 Uhr: Fröhlich-Konzert, Sonntagabend im roten Saal Gesellschaftshaus.

Auszug aus den Standesbüchern Karlsruhe.

Todesfälle: Franziska Dahn, geb. Mänzbach, 88 Jahre alt, Ehefrau von Karl Dahn, Eichenbühl, Eugen Dersch, Wagnerehemmer, 81 Jahre alt, Veria Seeger, geb. Heinrich, 80 Jahre alt, Ehefrau von August Seeger, Zel-Str.-Arbeiter, Inneborja Wolf, 7 Jahre alt, Karol Friedrich Wolf, Zel.-Arbeiter, Jakob Müller, Eichenbühl, Ehemann, 62 Jahre alt.

Badisches Landestheater

Spielplan vom 4. bis 12. Juni 1932. Samstag, 4. Juni: Außer Miete. Die drei Musikreiter. Sonntag, 5. Juni: Außer Miete. Neu einstudiert: Das Dreimäderlhaus. Montag, 6. Juni: * B 27. Th.-Gem. III. Dienstag, 7. Juni: * G 28. Th.-G. 601-700. Mittwoch, 8. Juni: * E 28. Th.-Gem. 701 bis 800. Donnerstag, 9. Juni: * O 28. Th.-Gem. Freitag, 10. Juni: Volksbühne: Juni-Vorstellung. Bor Sonnenuntergang.

PARFUMERIE zur Gesichtspflege, Handpflege, Haarpflege, Zahn- u. Körperpflege sowie andere Artikel. STETS NEUHEITEN. H. BIELER Karlsruhe Kaiserstr. 223. M. Bieg & Co. Inh.: KARL FR. LINDEGGER. Vergolderer - Kunsthandlung. Eisschränke unter Verbandspreisen. Butterkühler, Eismaschinen feines Schnackengitter. Otto Stoll Eisenwaren Kaiserplatz.

Matratzen in jeder Ausführung. Anfertigung, Aufarbeiten in meinen Werkstätten in Ihrem Beisein. Wäschehaus Schulz Herrenstraße 24. Für Reise u. Sport Augengläser, Feldstecher usw. Reformoptik Inh. Franz Hofer nur Kaiserstr. 247 am Kaiserplatz.

Durandsche Tapeten aus der neuen Kollektion 1932 marschieren an der Spitze! Schmecken auch Sie damit Ihr Heim! Schöne Tapeten sind Freudenbringer. Akademiestr. 35. Für Schuhmacher und Private! Leder, Schäfte, Einlegesohlen Hebelstraße 15 Telefon 3795. Benützen Sie die günstige Gelegenheit meines Sonderverkaufs. Gute Qualität. Billigste Preise. Spitzenhaus BEIER Kaiserstraße 174, Laden

